

STAATSANZEIGER

Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg



Politik & Verwaltung

Kein Freund von Umgehungsstraßen

Von Stuttgart 21 über den Flughafen bis zum Straßenbau: Verkehrsminister Winfried Hermann hat momentan mit vielen Baustellen zu kämpfen. Im Interview mit dem Staatsanzeiger erklärt er seine Lösungsansätze. **Seite 5**

Demografie & Wandel

Mit Bewegungslänger geistig fit bleiben

In Schorndorf haben Kommune und Seniorenforum gemeinsam zwei Bewegungsparcours für ältere Menschen eingerichtet. Verschiedene Übungen sollen dazu beitragen, die Fitness zu verbessern – körperlich ebenso wie geistig. **Seite 6**

Wirtschaft

Gute Geschäfte mit der Energiewende

Das Wirtschaftsministerium will Handwerker unterstützen, damit sie von der Energiewende profitieren. Joachim Möhrle, der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags, skizziert, was aus Sicht der Betriebe dafür nötig ist. **Seite 7**

Kreis & Kommune

Karriere nach dem Bürgermeisteramt

Bürgermeister bleiben oft, wenn möglich, bis zur Pension im Amt. Doch manche streben nach einiger Zeit in die Landespolitik. Und viele nehmen Tätigkeiten wahr, in denen sie ihr Netzwerk und Kontakte beruflich nutzen können. **Seite 10**

Online-Umfrage-Ergebnis



Mehr Informationen finden Sie auf staatsanzeiger.de.

Bildung & Wissenschaft

Hochwasser genauer vorhersagen

Kleine Bäche und Flüsse können bei starkem Regen schnell ansteigen und zu Hochwasser führen. Forscher können gefährdete Gebiete nun genauer identifizieren. Damit können auch Schutzmaßnahmen besser geplant werden. **Seite 14**

Beruf & Karriere Seite 15
mit Stellenanzeigenteil

Zentralblatt Seite 21
Amtliche, öffentliche und gerichtliche Bekanntmachungen



2,20 Euro

LESERSERVICE

Zentrale (0711) 666 01-0
Aboservice (0711) 666 01-31
Anzeigen (0711) 666 01-221

Öffentlich-Private Partnerschaften

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder pochen darauf, die Vorteilhaftigkeit von Projekten in Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) exakt nachzuweisen. Dies würde nicht ausreichend Beachtung finden. Die öffentliche Hand leiste sich zudem immer wieder Projekte, die sie sich nicht leisten dürfte.

Von Wolfgang Leja

KARLSRUHE. 30 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Milliarden Euro, die Bund, Länder und Kommunen mithilfe privater Investoren realisiert haben, haben die Prüfer unter die Lupe genommen. In den anschließenden Bericht sind auch Erkenntnisse über sechs Projekte aus Baden-Württemberg eingeflossen. Darunter der Neubau des kürzlich eröffneten Justizzentrums Heidelberg, die Justizvollzugsanstalt Offenburg, die Dualen Hochschulen in Heidenheim und Mannheim, das Polizeirevier Ellwangen sowie die Erweiterungsbauten für die Fachhochschule Aalen.

Effizienzrendite häufig nicht schlüssig nachgewiesen

Die Rechnungshöfe kritisieren, dass die Effizienzrendite, die den Wirtschaftlichkeitsvorteil der ÖPP-Variante gegenüber der konventionellen Finanzierung durch Haushaltsmittel ausdrückt, im Vorfeld der Vergabeentscheidung häufig nicht schlüssig nachgewiesen wird. Nach den Berechnungen der Rechnungshöfe fiel die Rendite regelmäßig deutlich geringer aus. Laut Wirtschaftsministerium haben sich bei den meisten ÖPP-Vorhaben im Land die ersten Prognosen bestätigt (siehe Kasten).

Beim Rechnungshof in Karlsruhe blickt man grundsätzlich skeptisch auf die Wirtschaftlichkeitsberechnungen. „Uns ist aufgefallen, dass

Rechnungshof warnt vor versteckter Verschuldung



Blick aus dem Fenster einer Zelle in der Justizvollzugsanstalt in Offenburg, die mithilfe privater Investoren gebaut wurde. FOTO: DPA

Zufriedenstellende Prognosen zur Wirtschaftlichkeit

Laut Wirtschaftsministerium haben sich bei den meisten ÖPP-Vorhaben im Land die ersten Prognosen zur Wirtschaftlichkeit bestätigt. Der sogenannte Barwertvorteil betrage in der Regel zwischen Null und fünf Prozent. In Einzelfällen wie beim Neubau des Justizzentrums Heidelberg liege der Vorteil sogar bei etwa zehn

an den Parametern gedreht wird“, sagt Armin-Hagen Berberich, beim Rechnungshof Baden-Württemberg zuständig für Hochbauvorhaben. „Am Ende steht mit dem Barwertvorteil eine Zahl da, aber was ihr zugrunde liegt, wird nicht mehr hinterfragt, weil die öffentlichen Auftraggeber das auch nicht hinterfragen können, da ihnen häufig das

Prozent. Eine Ausnahme bildet die Maßnahme Duale Hochschule Heidenheim. Hier ergab sich ein geringfügiger Barwertnachteil von rund einem halben Prozent – basierend auf einer Laufzeit von 20 Jahren. Insgesamt werten die Experten im Ministerium die Effizienzrenditen der Projekte als zufriedenstellend.

Fachwissen fehlt“, sagt Berberich. Auch bei den Projekten in Baden-Württemberg kommen die Rechnungsprüfer auf geringere Margen als angegeben. „Da liegen die Vorteile bei ein bis zwei Prozent“, sagt Berberich. Kritik üben die Prüfer an Ländern und Kommunen, wenn diese öffentlich-private Partnerschaften als Mittel zur Finanzie-

rung von Projekten wählen, die sie sich aus Haushaltsmitteln eigentlich nicht leisten könnten. Die Zahlungen würden im Haushalt oft nicht transparent dargestellt, sagt Berberich und warnt vor einer „grauen Verschuldung“. „ÖPP darf nur gemacht werden, wenn man sich das Vorhaben auch mit einer klassischen Finanzierung leisten könnte“, fordert er.

Immer wieder versuchen Kommunen trotzdem, auf diesem Weg Projekte umzusetzen. „Das hat auch in Baden-Württemberg schon dazu geführt, dass die Aufsichtsbehörden solche Projekte untersagt haben“, berichtet Volkmar Wagner von der Stuttgarter Rechtsanwaltssozietät CMS Hasche Sigle. Er schätzt, dass es in Baden-Württemberg künftig weniger ÖPP-Vorhaben geben werde. „Die alte Lan-

desregierung hat den ÖPP-Gedanken sehr gefördert, die neue hat eine andere Linie und betrachtet das viel kritischer.“ Im Bundesvergleich habe man im Südwesten so wieso weniger öffentlich-private Projekte. Die Haushaltslage sei hierzulande eben noch weitgehend entspannt, erklärt er dies. Und schließlich gebe es hierzulande sehr gute und sehr selbstbewusste Verwaltungen, die sich zutrauen, solche Projekte auch ohne private Partner durchzuführen.

Mittelstand muss bei ÖPP-Projekten einbezogen werden

Eine grundlegende Bedingung für ÖPP-Projekte sei laut Wirtschaftsministerium die Einhaltung der Mittelstandsklausel. Danach sind mittelständische Unternehmen möglichst umfangreich an öffentlichen Aufträgen zu beteiligen. Im SPD-geführten Ministerium ist man bei ÖPP-Vorhaben gerade in diesem Punkt skeptisch. Daher will man die ÖPP-Beschaffungsvarianten ebenso wie Generalunternehmer-Verträge bei Vergaben der öffentlichen Hand deutlich zurückfahren.

Eine mögliche Kollision mit der Mittelstandsförderung fürchten auch die Rechnungsprüfer aus Karlsruhe. „ÖPP heißt in der Regel, den Betrieb eines Gebäudes über 20 oder 30 Jahre an einen privaten Investor zu vergeben“, erklärt Berberich. „Öffentliche Auftraggeber sperren damit viele Jahre den Markt aus.“ Das kollidiere mit der Mittelstandsförderung. Berberich verlangt daher, bei ÖPP-Ausschreibungen die Dienstleistungsverträge bereits nach wenigen Jahren erneut auszuschreiben.

Kommentar auf Seite 2.

MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen zum Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten der Rechnungshöfe: www.rh.bwl.de

Beamtenbund und Grüne weiter uneins

Beamtenbund-Chef hofft auf Gespräch mit SPD

STUTT GART. Grüne und Beamtenbund haben den Dialog wieder aufgenommen. Annähern konnten sie sich jedoch nicht. Der Landeschef des Beamtenbunds, Volker Stich, sagte, die Grünen seien nicht bereit, die geplanten Einschnitte in Höhe von 130 Millionen Euro wieder zurückzunehmen. Fraktionschefin Edith Sitzmann wolle auch nicht ausschließen, dass es in den kommenden Jahren aus Spargründen strukturelle Kürzungen bei den Staatsdienern geben wird.

Deshalb werde der Beamtenbund an den geplanten Protestaktionen gegen Grün-Rot festhalten. Es bleibe dabei, dass die Beamten am 3. März zu einer großen Kundgebung zusammenkommen wollen. Man habe aber mit

Sitzmann und der Grünen-Finanzexpertin Muhterem Aras vereinbart, die Gespräche fortzusetzen. Doch Stich warnte die Grünen: „Eine Beamtenschaft, die nicht motiviert ist, bringt Sand ins Getriebe.“ Baden-Württemberg hat rund 240 000 Beamte und 70 000 Pensionäre.

Der Verbandschef will sich nun mit SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel treffen. Die SPD will weder die Einkommen der aktiven Beamten noch die Pensionen antasten. Schmiedel will stattdessen bei Sachausgaben kürzen. Das Ergebnis des Gesprächs stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.

Grün-Rot muss bis 2020 eine Haushaltslücke von 1,5 Milliarden Euro stopfen. (sta/lsw)

Kritik an Maut-Plänen der Landesregierung

ADAC: Maut belastet vor allem Berufspendler

STUTT GART. Für Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Verkehrsminister Winfried Hermann (beide Grüne) lassen sich die Verkehrsprobleme im Land nicht bloß mit dem Neubau von Straßen lösen. Man müsse auch im Bereich der Verkehrslenkung und -steuerung über Änderungen nachdenken. Zum Beispiel mit einer City-Maut für Pkws in den größeren Städten im Land, so Hermann. Diese Möglichkeit werde bereits in vielen Städten genutzt. „In Baden-Württemberg bisher aber noch nicht“, sagte Hermann an diesem Dienstag in Stuttgart.

Kretschmann spricht sich generell für eine Pkw-Maut im Land aus. Er sei kein Freund von Vignetten, sagte er, da sie keinerlei Lenkungseffekt hätten.

Die Kritik vom Autoclub ADAC kam prompt. Der Vorschlag gehe vor allem zulasten einkommensschwacher Berufspendler, so ein Sprecher des ADAC. Zudem könne man nicht eine Maut für Pkws kassieren und gleichzeitig den Autofahrern neue Straßen vorhalten. (sy/lsw)

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Soll es im Land eine City-Maut für Pkws geben?

- Ja
 Nein

Ministerium gegen Kürzung bei Solarförderung

STUTT GART. Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) sieht keinen Bedarf, die Solarförderung grundsätzlich zu deckeln oder drastisch zu kürzen. Solche Maßnahmen würden die Entwicklung beim Solarstrom bremsen oder sogar stoppen. Auf Bundesebene wird derzeit über derartige Maßnahmen diskutiert.

In den vergangenen acht Jahren sei die Vergütungshöhe für Solarstrom um rund 60 Prozent gesenkt worden, sagt der Minister. „Spätestens in vier Jahren wird die Solarförderung deutlich unter der für Offshorewindkraft, Biomasse und Geothermie liegen“, kommentiert Untersteller die Entwicklung. Er sprach sich für kürzere Taktzeiten beim Absenken der Solarförderung aus. Damit ließe sich der Zubau verstopfen. Das Land will den Solarstrom ausbauen. (sta/sch)